

Einführung

Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war geprägt vom Aufkommen der kommunistischen, faschistischen und nationalsozialistischen Diktaturen. Nicht wenige Beobachter sprechen daher sogar von einem „Zeitalter des Totalitarismus“¹, einem „Zeitalter der Tyrannen“² oder einem „Zeitalter der Diktaturen“.³ Nach einer atemberaubenden Ausbreitung der Demokratien vor allem im letzten Jahrzehnt des letzten Jahrtausends, sieht derzeit eine Reihe von Experten eine neue Welle der Entdemokratisierung politischer Regime im 21. Jahrhundert auf die Welt heranrollen.⁴ Auch wenn tatsächlich bislang nur eine Stagnation und kein Rückgang der Zahl der Demokratien festzustellen ist, müssen sich allzu große Optimisten in Erinnerung rufen, dass Autokratien die Geschichte der Menschheit begleiteten und auf absehbare Zeit begleiten werden.

Die Autokratieforschung war, ist und bleibt daher noch lange ein zentrales Feld der Geschichts- und Politikwissenschaft. Den Fragen nach Demokratie und Autokratie sowie ihren Unterschieden und Folgen liegt die für das politische Denken grundlegende Frage nach der besten politischen Ordnung zugrunde.⁵ Diese Fragen sind von allgemein menschlicher Bedeutung und sie stehen daher auch im Mittelpunkt des Interesses der Nicht-Sozialwissenschaftler.⁶ Dennoch hinkte in der Politikwissenschaft das Forschungsinteresse an Autokratien lange dem an Demokratien weit hinterher. Erst in den letzten Jahren verringerte sich auf internationaler Ebene – vor allem in der US-amerikanischen Politikwissenschaft – der Bedeutungsabstand zwischen Demokratie- und Autokratieforschung, da eine Reihe hervorragender Forscher sich dem Themenfeld widmete.⁷ Auch die deutsche Politikwissenschaft ist von diesem Bedeutungsgewinn der Autokratieforschung auf internationaler Ebene in der jüngsten Zeit erfasst worden. So setzt die Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ (zuvor „Politischer Extremismus“) der „Deutschen Vereinigung für

1 Karl Dietrich Bracher, *Die totalitäre Erfahrung*, München 1987, S. 14.

2 Raymond Aron, *Das Zeitalter der Tyrannen*. In: ders., *Über Deutschland und den Nationalsozialismus. Frühe politische Schriften 1930–1939*, Opladen 1993, S. 186–208.

3 Hans J. Lietzmann, *Politikwissenschaft im „Zeitalter der Diktaturen“*. Die Entwicklung der Totalitarismustheorie Carl Joachim Friedrichs, Opladen 1999.

4 Siehe u. a. Larry Dimand, *The Democratic Rollback*. In: *Foreign Affairs*, 2 (2008), S. 36–48.

5 Vgl. Manfred G. Schmidt, *Vergleichende Analyse politischer Systeme*. In: Herfried Münkler (Hg.), *Politikwissenschaft. Ein Grundkurs*, Reinbek 2003, S. 173.

6 Vgl. zu diesem Punkt auch die Argumentation von James Mahoney, *Knowledge Accumulation in Comparative Historical Research: The Case of Democracy and Authoritarianism*. In: ders./Dietrich Rueschemeyer (Hg.), *Comparative Historical Analysis in the Social Sciences*, Cambridge 2003, S. 131 f.

7 Überblicke über die jüngste Forschungsliteratur bieten: Steffen Kailitz, *Stand und Perspektiven der Autokratieforschung*. In: *Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 19 (2009), S. 437–488; Patrick Köllner, *Autoritäre Regime – Ein Überblick über die jüngere Literatur*. In: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft*, 2 (2008), S. 351–366.

Politische Wissenschaft“ (DVPW) einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf die Diktaturforschung. Weiterhin hat das „German Institute of Global and Area Studies“ (GIGA) in Hamburg eine Arbeitsgruppe zu autoritären Systemen gebildet, aus der inzwischen eine Reihe von Studien hervorgegangen ist. Über Kooperationen mit der Gruppe „Vergleichende Diktatur- und Extremismusforschung“ der DVPW und mit der Arbeitsgruppe „Autoritäre Systeme“ des GIGA ist auch das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in diese Forschungszusammenhänge einbezogen.⁸

Bei der Betrachtung der jüngsten Entwicklung der Autokratieforschung zeigt sich neben viel Licht auch ein wenig Schatten. Die jüngere Autokratieforschung in der vergleichenden Politikwissenschaft nimmt fast ausschließlich die Gegenwart und damit Mehrparteienautokratien in den Blick. Sie neigt daher zum Teil dazu, Ideokratien (totalitäre und posttotalitäre Regime) und Militärdiktaturen als vergangene und inzwischen irrelevante Phänomene abzutun.⁹ Insgesamt droht in der politikwissenschaftlichen Autokratieforschung ein problematischer Verlust der historischen Dimension der Analyse (siehe dazu auch den Beitrag von Werner Patzelt in diesem Heft). Hat sich die vergleichende Autokratieforschung in Deutschland bis in die Gegenwart zu stark auf die Ideokratien konzentriert, läuft die internationale sozialwissenschaftliche Autokratieforschung Gefahr, sich zu sehr auf die institutionelle Ausgestaltung von Autokratien zu konzentrieren und die Bedeutung der Herrschaftslegitimation (etwa durch eine Ideologie) zu vernachlässigen. Wenn in Deutschland von vergleichender Diktaturforschung die Rede ist, dann hat es gerade aus geschichtswissenschaftlicher und ideengeschichtlicher Perspektive dagegen bis heute ab und an den Anschein, als könne sich ein Autokratienvergleich auf die kommunistischen und faschistischen Diktaturen der Vergangenheit beschränken. Dabei scheint der Glaube verbreitet, dass in der Moderne – und zumindest ab dem 20. Jahrhundert – im Grunde nur noch die totalitären oder posttotalitären Autokratien in Europa von Relevanz waren und andere Autokratieformen ein Auslaufmodell in vernachlässigbaren Weltregionen wie Lateinamerika, Afrika und Asien gewesen seien. Die Forschung zu Autokratien droht damit zunehmend, in zwei kaum noch miteinander kommunizierende Welten zu zerfallen.¹⁰ Zu den Kommunikationsproblemen tragen unterschiedliche Arbeitsweisen in beiden Strängen der Autokratieforschung bei (siehe dazu

8 Am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung werden derzeit zwei Projekte zu den „Typen der Autokratie“ (Uwe Backes) und zu den „Varianten der Autokratie und Gründe für ihre (In)stabilität“ (Steffen Kailitz) bearbeitet.

9 Siehe zu der Problematik Richard Snyder, *Beyond Electoral Authoritarianism: The Spectrum of Non-Democratic Regimes*. In: Andreas Schedler (Hg.), *Electoral Authoritarianism: The Dynamics of Unfree Competition*, Boulder 2006, S. 219–231.

10 Das Auseinanderdriften der beiden Forschungswelten spiegelt sich in der ganz unterschiedlichen Anlage der beiden folgenden Bücher: Paul Brooker, *Non-Democratic Regimes. Theory, Government and Politics*, Houndmills 2000; Detlef Schmiechen-Ackermann, *Diktaturen im Vergleich*, Darmstadt 2002.

auch den Beitrag von Werner Patzelt). In der geschichtswissenschaftlichen Diktaturenforschung wird stärker fallorientiert gearbeitet, allenfalls wird ein Zwei- oder Dreiländervergleich in Angriff genommen. Die vergleichende Politikwissenschaft strebt dagegen danach, den Einfluss bestimmter Variablen (z. B. des Modernisierungsstands auf den Regimety) über die Fälle hinweg zu erforschen. Der heutige Politikwissenschaftler neigt – vielleicht mit Ausnahme der Spezialisten für bestimmte Regionen und Länder – dazu, „Fliegen zu lernen, um die Welt des Politischen aus einer Distanz zu betrachten, die es uns erlaubt, verallgemeinerbare Aussagen zu treffen“.¹¹ Der Geschichtswissenschaftler tendiert dagegen eher dazu, als Landerkunder die äußerst vielfältigen und schillernden Details der Phänomene am Boden zu erforschen. Durch die unterschiedlichen Perspektiven nehmen beide Seiten Dinge wahr, die der anderen Seite verborgen zu bleiben drohen. Keine der beiden Perspektiven ist der anderen überlegen. Ein stetiger Austausch von Fliegern und Landerkundern ist daher nicht nur fruchtbar, sondern zwingend notwendig.

Dieses Heft soll auch dazu dienen, zu verhindern, dass der Funkkontakt zwischen ihnen nicht abbricht. Ein wiederkehrendes Thema in den Aufsätzen dieses Hefts ist einerseits die Betonung der andauernden Bedeutung der Herrschaftslegitimation von politischen Regimen (siehe dazu die Beiträge von Uwe Backes, Steffen Kailitz und Gert Pickel), andererseits aber auch der Institutionen (siehe dazu die Ausführungen bei Steffen Kailitz und vor allem die Beiträge von Werner Patzelt und Andreas Schedler). Eine wirklich vergleichende Autokratieforschung kann weder nur die Gegenwart noch nur die Vergangenheit, weder nur Europa noch nur Teile des Restes der Welt in den Blick nehmen, weder nur fallorientiert noch nur variablenorientiert arbeiten. Sicher, Forscher vergleichen, wenn sie all dies beachten, nicht nur Äpfel mit Birnen, sondern diese auch mit Mangos und Bananen. Dadurch lernen sie aber mehr über die Frage, warum zu bestimmten Zeiten oder in bestimmten Regionen ein bestimmter Autokratietyp (oder eine bestimmte Obstart) vorherrschte, während die Verbreitungsgebiete anderer Autokratietypen (Obstarten) sich auf ganz andere Regionen und Zeiten konzentrierten.

Werner Patzelt arbeitet in seinem Beitrag grundlegende Probleme einer vergleichenden Autokratieforschung aus der Perspektive der Erkenntnistheorie und der Soziologie der Wissenschaft heraus. Die vergleichende Autokratieforschung krankt nach seiner Ansicht an unklaren Vorstellungen über ihr Thema, einer ungenügenden Zusammenarbeit zwischen Politikwissenschaftlern und Historikern, einer zu engen Verbindung der Forschung mit politischen Interessen, einem „democracy bias“ bei der Bestimmung der Forschungsagenda, an Typologien ohne historische Tiefe, zu unpräzisen Vorstellungen über die Ähnlichkeit und Unähnlichkeit von Phänomenen und fehlenden „Algorithmen“ bei der Erkennung von Mustern autoritärer Strukturen. Der Problemdiagnose folgt ein in-

11 Detlef Jahn, Einführung in die vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2006, S. 33.

novatives Rezept für eine systematisch angelegte, kumulative und interdisziplinäre vergleichende Forschung über autoritäre Regime. Es basiert auf dem unter Federführung Patzelts in Dresden entwickelten Evolutorischen Institutionalismus¹², einer neuen Variante des Historischen Institutionalismus.

Für eine fruchtbare kumulative vergleichende Autokratieforschung erscheint nicht zuletzt eine systematisch angelegte Herrschaftstypologie als gemeinsame gedankliche Grundlage unabdingbar, an der sich die Forscher orientieren. Erst wenn systematisch und nachvollziehbar zwischen verschiedenen Varianten der Autokratie unterschieden wird, kann anschließend in Untersuchungen die Autokratieform (etwa die Ideokratie) als erklärendes oder zu erklärendes Phänomen behandelt werden. Vor allem in drei der Beiträge (von Uwe Backes, Steffen Kailitz und Jørgen Møller/Svend-Erik Skaaning) zu diesem Heft findet dieser Aspekt umfangreiche Berücksichtigung.

Steffen Kailitz vertritt in seinem Aufsatz die Ansicht, dass sich die von Juan Linz am systematischsten entfaltete Einteilung der Regime in liberale Demokratien, autoritäre und totalitäre Regime bei allen Verdiensten für die Gegenwart als unzureichend erweist. Das liegt vor allem daran, dass die Kategorie der autoritären Regime zu umfangreich und heterogen ist, die Kategorie der totalitären Regime aber schon seit den 1970er Jahren wegen der verbreiteten Einstufung der kommunistischen Regime als posttotalitär (und damit autoritär) ein leerer Kasten ist. In dem Aufsatz wird eine alternative Herrschaftstypologie entfaltet, die politische Regimeformen in erster Linie nach der Herrschaftslegitimation und der Herrschaftsweise und in zweiter Linie nach dem Herrschaftsträger und der Form der Machtübertragung klassifiziert. Grundlegende Bedeutung misst der Aufsatz der Unterscheidung in traditionelle nicht-partizipative, personalistisch orientierte und schwach institutionalisierte Regime auf der einen Seite und moderne partizipative und institutionalisierte Regime auf der anderen Seite bei. Die vorgestellte Typologie unterscheidet zwischen den Grundtypen der absolutistischen Monarchie, dem Neopatrimonialismus, der Militärdiktatur, ideokratischen und neopatrimonialen Einparteiautokratien, der konstitutionellen Monarchie, hybriden und autokratischen Mehrparteienregimen sowie diversen Mischformen. Kailitz hält es für notwendig, bei der Betrachtung politischer Regime nicht nur vom Pol der Demokratie auszugehen. Vielmehr müssten sowohl Demokratie als auch Autokratie klar definiert werden, um der politischen Realität gerecht zu werden. Auf dieser Grundlage werden die Herrschaftstypen in einen Merkmalsraum zwischen Demokratie und Autokratie mittels dreier Dimensionen – 1. Partizipation, 2. Kompetivität und 3. Freiheit und Machtkonzentration – eingeordnet. Abschließend wird in dem Aufsatz die Verbreitung der Autokratieformen 1972 und 2008 verglichen.

12 Vgl. Werner Patzelt (Hg.), *Evolutorischer Institutionalismus. Theorie und empirische Studien zu Evolution, Institutionalität und Geschichtlichkeit*, Würzburg 2007.

Jørgen Møller und Svend-Erik Skaaning bauen mit ihrem Beitrag auf den Forschungen der letzten Jahre zur Ausdifferenzierung der Typen der Demokratie auf.¹³ Sie plädieren dafür, Autoritarismus und Totalitarismus auf der Grundlage von verbreiteten Definitionsmerkmalen von Demokratie, konkret politischer Partizipation und Rechtsstaatlichkeit, zu unterscheiden. Dazu nutzen sie die ausdifferenzierte Regimemessung des Transformationsindexes von Bertelsmann. Damit knüpfen Møller und Skaaning an eine von Juan Linz und Alfred Stepan¹⁴ propagierte Methode an, um autoritäre und totalitäre Regime mittels der Messung politischer und ziviler Freiheitsrechte zu unterscheiden. Die totalitären Autokratien werden demnach als extreme Autokratien abgegrenzt, die am weitesten entfernt von den liberalen Demokratien sind. Auf der Grundlage ihrer Typologie klassifizieren Møller und Skaaning alle Staaten der Welt für das Jahr 2008. Zudem teilen sie die Regime auch nach der Art des Herrschaftsträgers in personalistische Herrschaften, Partei-herrschaften, Militärherrschaften und traditionelle Monarchien ein.

Uwe Backes unterscheidet in seinem Beitrag systematisch vier Grundtypen von Autokratien auf der Grundlage ihrer Herrschaftslegitimation: Despotismus, Absolutismus, Autoritarismus und Ideokratie. Die Geschichtspolitik sieht er dabei als ein Kernelement der Legitimationsstrategien von Autokratien an. Auf dieser typologischen Grundlage schildert Backes anhand der Fallbeispiele Turkmenistan (Despotie), Saudi-Arabien (Absolutismus), Belarus (Autoritarismus) sowie der Sowjetunion unter Lenin und Stalin (Ideokratie) die unterschiedliche Geschichtspolitik der Regimetypen. Eine wichtige Trennungslinie verläuft nach den Ergebnissen der Studie zwischen ideokratischen und nicht-ideokratischen Autokratien. Eine Geschichtspolitik auf der Grundlage einer chiliastischen Ideologie begründet demnach einen allumfassenden, keine Lebenssphäre aussparenden Herrschaftsanspruch, eine nicht-ideokratische Geschichtspolitik zielt dagegen nicht auf eine Mobilisierung und radikale Säuberung der Gesellschaft auf der Grundlage einer Ideologie. Bei den Beispielfällen werden dabei Abweichungen von den Idealtypen festgestellt. So zeige der Lenin- und Stalinkult Analogien zum Patrimonialismus des Zarenreiches und stehe im Widerspruch zur ideokratischen Herrschaftslegitimation. In der religiösen Reinheitslehre des saudiarabischen Wahhabitentums zeige sich wiederum ein ideokratisch-totalitäres Potential.

Unterschiedliche Auffassungen befördern den Fortschritt der Wissenschaft. Solche kontroversen Positionen spiegeln sich auch in dieser Ausgabe. So gehört etwa Werner Patzelt zu den Kritikern eines „democracy bias“ in der Autokratieforschung. Mit „democracy bias“ ist gemeint, dass Forscher erstens von einer Entwicklung hin zur Demokratie ausgehen und sich zweitens klar zugunsten der

13 Vgl. dazu David Collier/Steven Levitsky, *Democracy with Adjectives: Conceptual Innovation in Comparative Research*. In: *World Politics*, 49 (1997), S. 430–451.

14 Vgl. Juan Linz/Alfred Stepan, *Problems of Democratic Transition and Consolidation. Southern Europe, South America, and Post-Communist Europe*, Baltimore 1996.

Demokratie als bester Herrschaftsform positionieren. Gert Pickel hält in seinem Beitrag den Kritikern eines „democracy bias“ entgegen, dass tatsächlich die Zahl der Demokratien in den letzten Jahrzehnten unaufhörlich zugenommen hat und sich Parteidiktaturen, Monarchien und Militärdiktaturen vielfach hin zu beschränkten Mehrparteiensystemen entwickelt haben.

Er spricht in seinem Beitrag zudem ein weiteres zentrales Thema der gegenwärtigen internationalen Autokratieforschung an, die Erforschung der Frage, welche Faktoren für die Stabilität und Instabilität von Autokratien sorgen. Er sieht die wesentlichen Ursachen im sozioökonomischen Erfolg der Regime und einer Ideologie. Den Begriff der Ideologie fasst er dabei recht weit. Politische Ideologien, gleich ob sie in nationalistischen, religiösen, sozialistischen oder auch demokratischen Ideen wurzeln, können demnach eine starke Legitimitätsressource für politische Regime sein. Das Fehlen von sozioökonomischem Erfolg und einer ideologischen Grundlage gefährdet demnach die Stabilität eines politischen Regimes. Für den konkreten Zeitpunkt eines Regimezusammenbruchs komme es aber entscheidend auf das Verhalten der Akteure an.

Neben der Frage nach der Stabilität und Instabilität von Autokratien ist ein bedeutender Schwerpunkt der gegenwärtigen Autokratieforschung die Untersuchung der Bedeutung von Institutionen in Autokratien. Andreas Schedler, der die sozialwissenschaftliche Diskussion der Bedeutung von Institutionen in Autokratien auf internationaler Ebene mit angestoßen und vorangetrieben hat¹⁵, gibt in seinem Beitrag einen fulminanten Überblick über den „neuen Institutionalismus“ in der vergleichenden Autokratieforschung, der Institutionen mit „demokratischem Anstrich“, wie Parteien, Parlamente, Gerichte und Wahlen in nicht-demokratischen Systemen ernst nimmt und systematisch untersucht. Schedler, der für Autokratien, die Wahlen durchführen, den Begriff des „elektoralen Autoritarismus“ geprägt hat, bietet dabei eine analytische Synthese von vier Kernbereichen der Institutionenanalyse in autoritären Regimen: erstens der Forschung zur Funktionslogik autoritärer Institutionen, zweitens der Forschung zu den institutionellen Grundoptionen von Autokratien, drittens der Forschung zu autoritären Kontrollstrategien in unterschiedlichen institutionellen Feldern und viertens der Forschung zur Spannung zwischen regimestabilisierenden und -destabilisierenden Effekten von nominell „demokratischen Institutionen“ in autoritären Regimen.

Ergänzend zum Themenschwerpunkt des Hefts widmet sich Michael Salewski der Weiterentwicklung der Instrumentarien der militärischen Abschreckung im Kalten Krieg zwischen den ideokratischen Einpartei-autokratien im Osten unter Führung der Sowjetunion und den liberalen Demokratien im Westen unter Führung der USA. Dieser Aufsatz ist aus dem Hannah-Arendt-Forum zur Frage „Hat das atomare Patt einen dritten Weltkrieg verhindert?“ hervorgegangen. Salewski untersucht und bewertet die damals geläufigen Abschreckungsszenarien.

15 Vgl. u. a. Schedler (Hg.), *Electoral Authoritarianism*.

Für Salewski lässt sich dabei letztlich die Dialektik der Abschreckung, die sich im Kalten Krieg entwickelt hat, nicht auf die gegenwärtige multipolare Staatenwelt übertragen. Er argumentiert daher, der Klub der etablierten Atommächte müsse exklusiv bleiben. Die Atombombe in den Händen nicht dialektisch geschulter Akteure – etwa Terroristen – könnte demnach eine Katastrophe auslösen.

Mein Dank gilt allen Autoren und Gutachtern sowie den an der Redaktion dieses Hefts beteiligten Mitarbeitern am HAIT für ihr Engagement.

Steffen Kailitz